

Votum von Christian Gross, SP

Danke meinen Vorrednern für die Details zu der Vorlage, die ich jetzt nicht nochmals durchgehen will.

Stattdessen will ich nochmals klarstellen, worum es in der Vorlage hauptsächlich geht – und worum nicht.

Die Vorlage will die staatliche Förderung zu Betreuungsangeboten vereinheitlichen und besser steuerbar machen. Statt mehrere sich ergänzende, nicht aufeinander abgestimmter Systeme, die zum Teil sogar aus unterschiedlichen Entscheidungsgremien kommen, soll es in Zukunft ein einziges System geben, das durch den Stadtrat gesteuert wird – natürlich immer unter Berücksichtigung der Budgetkompetenz des Gemeinderates.

Das ist im Wesentlichen, worum es heute gehen soll.

Warum aber soll sich, ich würde sogar sagen: muss sich die Stadt um die Finanzierung der Kinderbetreuung kümmern?

Einen Grund nennt schon das Postulat, auf den die heute vorliegende Vorlage zurückgeht:

«dass Dübendorfer Familien nicht aus finanziellen Gründen gezwungen sind, auf Erwerbstätigkeit zu verzichten, und negative Erwerbsanreize vermieden werden»

Ich glaube aber, dass die Problematik noch weiter geht. Es geht nicht nur darum, dass die Eltern gefälligst mehr arbeiten sollen – auch wenn das natürlich für die Gemeinde steuerlich interessant ist.

Qualitativ hochstehende Kitas leisten einen Beitrag zur Chancengleichheit und verbessern insbesondere für Kinder aus sozial und finanziell schwächeren Familien die Bildungschancen. Es macht darum Sinn, wenn die Stadt sich hier engagiert – eben nicht nur aus finanziellen, sondern auch aus bildungspolitischen und sozialen Gründen.

Dazu kommen noch gleichstellungspolitische Gründe. Noch immer ist es so, dass die Kinderbetreuung vor allem als Sache der Frauen angesehen wird. Wenn eine externe Lösung nicht bezahlbar ist, leiden darunter die Karrierechancen der jungen Mütter massiv. Auch darum macht es Sinn, wenn die Stadt sich für eine starke Kinderbetreuung engagiert.

Darum aber geht es heute leider nicht. Die Vorlage ist eine Vereinheitlichung von Systemen; und nicht ein Ausbau der Finanzierung. Bisher wurden gesprochene Kostendächer bei weitem nicht ausgeschöpft. Die Vorlage ermöglicht es der Stadt, bewilligte Mittel rascher einzusetzen; die SP erwartet vom Stadtrat, dass er dies auch tun wird.